

Tagesheime nur für Notfälle?

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **12 (1986)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-360579>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Judith Stamm — die

zweite Frau im Bundesrat?



r.m. Die CVP hat's nicht leicht, wahrhaftig nicht! Gibt's doch da in ihren heiligen Reihen eine Frau mit Rückgrat, mit klarem Profil, mit Willensstärke und Selbstbewusstsein. Für eine bürgerliche Regierungspartei ist das eine schwere Bürde. Vor allem, wenn besagte Frau sich auch noch das Recht nimmt, eine eigene Meinung zu vertreten. Noch schwieriger wird die Sache, wenn diese persönliche Meinung nicht mit jener der "Vaterpartei" übereinstimmt. So setzte sich Judith Stamm vehement für die Fristenlösung ein, ganz bestimmt NICHT mit dem Segen der CVP. Auch während der Tschernobyl-Debatte plädierte sie — als eine der einzigen aus ihrer Partei — gegen die Kerntechnologie. Frau muss sich hin und wieder die Frage stellen, warum Judith Stamm in dieser und nicht in einer anderen Partei ist! Sie redet sehr gelassen von ihren Fähigkeiten, die sie als Bundesrätin mitbringen würde. Sie bewirbt sich für dieses Amt, weil sie der Meinung ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung auch das Recht hat, repräsentativer in politischen Gremien vertreten zu sein. Sie plädiert nicht nur verbal dafür sondern stellt sich dafür zur Wahl. Ohne Unterstützung ihrer Partei, aber — gemäss einer repräsentativen Umfrage — auf Wunsch einer beachtlichen Mehrheit der Schweizer Frauen. Wer weiss, vielleicht schafft sie's doch noch, entgegen allen Voraussagen...

2. MoZ-Meeting

Die Frage des Schwangerschaftsabbruchs stellt sich heute nicht mehr in der gleichen Form wie in den 70er Jahren: Neue pränatale Diagnosemöglichkeiten beinhalten die Gefahr, dass auf schwangere Frauen vermehrt Druck ausgeübt werden kann. Gen- und Reproduktionstechnologien stellen die Frage des Selbstbestimmungsrechts und seiner gesellschaftlichen Voraussetzungen in neue Dimensionen. Zudem ist viel Aufklärungs- und Informationsarbeit notwendig, um den Schwangerschaftsabbruch möglichst unnötig, im Notfall jedoch frei zugänglich zu machen.

Verschiedene Gruppen und Organisationen sind in diesen Bereichen in vielfältiger Weise aktiv geworden. Wir meinen, dass ein gleichzeitiger Meinungs- und Informationsaustausch, Zusammenarbeit und gemeinsame Aktivitäten, den Widerstand gegen bürgerliche Vorhaben nur verstärken könnten. Meinungen und Ideen dazu möchten wir am

2. MoZ-Meeting vom 24. Januar 1987

zur Diskussion stellen. Die lange Zwischenzeit soll die Stellungnahme der Organisationen und eine gute inhaltliche Vorbereitung gewährleisten. Wir bitten Euch, Eure Stellungnahmen bis **Ende Jahr** an unsere Adresse zu senden. Für Eure Diskussionen ist eine Dokumentation des ersten MoZ-Meetings verfügbar.

"Mutterschaft ohne Zwang" (MoZ)
Postfach 611
8026 Zürich

Basel

Tagesheime nur für Notfälle?

c.s. Kinder sollen eigentlich nur in Notfällen in Tagesheime aufgenommen werden. Das jedenfalls die Ansicht des Basler Justizdepartements, das einen Entwurf für neue Aufnahmekriterien vorgelegt hat. Subventionierte Kinderkrippen und Tagesheime sollen inskünftig nur Kinder von Alleinerziehenden aufnehmen, oder Kinder, bei denen beide Eltern zur Sicherung der Existenzgrundlage erwerbstätig sein müssen, oder Kinder, die aus einer pädagogischen Notwendigkeit heraus in einem Tagesheim betreut werden müssen. Andere Kinder können höchstens dann

aufgenommen werden, wenn genügend Plätze vorhanden sind, in diesen Fällen haben die Eltern die Hauptkosten zu tragen. Die Absichten, die hinter diesen Ausnahmekriterien stecken, sind klar. Ausgegangen wird von einem sogenannten Normalfall, in dem die Mutter zu Hause bei den Kindern bleibt. Falls sie trotzdem erwerbstätig sein will, muss sie eben selbst schauen, mit staatlicher Unterstützung kann sie jedenfalls nicht rechnen.

Eine besondere Diskriminierung trifft die Ausländer und Ausländerinnen. Der Entwurf sieht vor, dass mindestens ein Elternteil seit fünf Jahren ununterbrochen in der Schweiz Wohnsitz haben muss. Damit ist das Recht auf Familiennachzug massiv eingeschränkt. Es bleibt zu hoffen, dass der Widerstand des Frauenvereins, aber auch anderer Organisationen, gross genug ist, um die Realisierung solch diskriminierender Aufnahmekriterien zu verhindern.

Abstimmungen vom 6./7. Dezember

Mieterschutz JA

Auch wenn mit dem neuen Gesetz nicht alle Missbräuche verhindert werden können, so bringt es doch wesentliche Verbesserungen im Kündigungsschutz.

Für eine gerechte Belastung des Schwerverkehrs JA

Der Lastwagenverkehr verursacht erhebliche Mehrkosten, Strassenunterhalt, Umweltbelastung, Gebäudeschäden etc. Der Warentransport auf der Strasse lohnt sich nur, weil das Transportgewerbe nicht voll für diese Kosten aufkommen muss. Durch die Schwerverkehrsabgabe, die abhängig ist von den Kilometern, die ein Transporteur fährt, sollen diese Mehrkosten mindestens teilweise von den Verursachern aufgebracht werden.

In Basel

JA zu Basel ohne Nordtangente

Ein überrissenes Autobahnprojekt mitten durch die Stadt und durch Wohnquartiere soll verhindert werden. Deshalb unterstützt auch die OFRA die Initiative "JA zu Basel ohne Nordtangente".